

Der Datenschützer erhebt den Mahnfinger

Appell an mehr Selbstverantwortung der Internetnutzer

Das Internet mit seinen immer neuen Angeboten ist für den Datenschutz eine Herausforderung. Der oberste Datenschützer fordert eine Verschärfung der Gesetze, aber auch mehr Selbstverantwortung seitens der Nutzer.

fon. Bern · Es ist erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit heutzutage viele Leute ihre Privatangelegenheiten nach aussen tragen, angefangen bei öffentlich geführten Telefongesprächen bis zur Preisgabe persönlicher Angaben in Internet-Netzwerken. Dieser allzu sorglose Umgang mit der Privatsphäre ist in vielerlei Hinsicht problematisch und stellt namentlich für den Datenschutz eine grosse Herausforderung dar. Darauf hat der eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte Hanspeter Thür am Montag an seiner Jahrespressekonferenz hingewiesen.

Mit Daten bezahlen

Es vergehe kaum eine Woche, ohne dass Internetgiganten wie Google oder Facebook neue Dienstleistungen anböten. So könne man etwa über Twitter jederzeit seinen Aufenthaltsort mitteilen oder mit Facebook seine Agenda mit sämtlichen Kontakten hochladen. Diese Dienste würden über Werbung finanziert; die Nutzer seien bereit, im Austausch mit ihren persönlichen Daten zu «bezahlen». Je mehr Personen von solchen Diensten Gebrauch machten und je gezielter ihre Bedürfnisse analysiert werden könnten, desto höher seien die Werbeeinnahmen, sagte Thür. Die Auswertung dieser millionenfachen Daten werde für die Internetgiganten somit zu einer eigentlichen Goldgrube.

Der Datenschutzbeauftragte fordert, dass die Gesetzgebung auf diese Entwicklung reagiert. Heute gestalteten viele Anbieter ihr System derart aus, dass es möglichst offen sei; jene Nutzer, die ihre Privatsphäre schützen wollten, müssten sich zuerst durch seitenlange Geschäftsbedingungen durcharbeiten. Hier müsse auf gesetzlichem Weg eine Umkehr bewirkt werden: Die Privatsphäre der Nutzer sei prinzipiell zu schützen und dürfe nur mit ihrem aktiven Zutun gelockert werden. Thür erachtet den Zeitpunkt für eine solche Anpassung als günstig, steht doch die Revision des Datenschutzgesetzes auf der politischen Agenda.

Die strengsten Gesetze bewirken aber wenig, wenn nicht auch die Nutzer selber ihre Verantwortung wahrnehmen. Man müsse stets auch das Kleingedruckte lesen und sich vergewissern, ob man eine Information wirklich freigeben wolle oder nicht, mahnte Thür. Zudem dürfe man keine Informationen über Freunde und Bekannte - wie Fotos von Familienfesten oder Betriebsausflügen - ohne deren Einwilligung aufs Netz schalten.

Ausbildung stärken

Um die Nutzer von sozialen Netzwerken und sonstigen Angeboten

besser zu informieren und ihnen einen verantwortungsvolleren Umgang mit den neuen Technologien zu ermöglichen, setzt der Datenschutzbeauftragte auf mehr Ausbildung. Zu diesem Zweck hat er ein Lehrmittel erarbeiten lassen, das auf Schüler zwischen 15 und 19 Jahren abzielt, bei denen Angebote wie Facebook usw. besonders beliebt sind. Thür hofft, dass auch die Schulen, die heute kaum entsprechende Angebote bereitstellten, nachziehen werden.